

nachrichten

Gewaltsames Vorgehen gegen Demonstration

Malaysische Sicherheitskräfte lösten am 5. November 2000 gewaltsam eine friedliche Kundgebung von Anwar Unterstüzern auf und verhafteten über 120 Personen. Zu der Demonstration hatte die Oppositionspartei *Parti Keadilan Nasional* (Nationale Gerechtigkeitspartei) aufgerufen. An der Demonstration hatten mehrere tausend Menschen teilgenommen, so auch die Keadilan Präsidentin, Wan Azizah. Die Polizei setzte Wasserwerfer und Tränengas gegen die Demonstranten ein, die sich auf einem Highway außerhalb der Stadt Shah Alam versammelt hatten. Augenzeugen berichteten, dass die Polizei äußerst brutal gegen die Menge vorging.

Unbestätigten Berichten zufolge warfen Polizeikräfte eine Tränengaspatrone in einen Bus mit verhafteten Demonstranten. Keadilan hatte mehrfach vergeblich eine Genehmigung für die Demonstration beantragt.

vgl. *Amnesty International* 6.11.2000

Irene Fernandez erhält Ehrendoktor

Die Freie Universität Amsterdam verlieh der Menschenrechtsaktivisten Irene Fernandez den Ehrendoktor der Sozialmedizin. Die Universität würdigte damit ihr Eintreten für Minderheiten- und Frauenrechte. Irene Fernandez ist Direktorin von Tenaganita, einer malaysischen Frauenrechtsorganisation.

1995 hatte Tenaganita einen Bericht veröffentlicht, der die Zustände in malaysischen Ab-

Teilnehmer eines von der United Malay National Organisation (UMNO) organisierten Seminars über Islamisches Recht sprachen sich für eine Islamisierung des Landes aus. Das Seminar, das Mitte Oktober in Johor Bharu stattfand und an dem hochrangige UMNO Mitglieder teilnahmen, sollte junge Akademiker, Regierungsbeamte und UMNO Aktivisten in Fragen des Islamischen Rechts weiterbilden. Organisiert hatte das Seminar die Regierung des Bundesstaates Johor in Zusammenarbeit mit dem Malaysian Institute of Islamic Understanding (Ikim). Die Teilnehmer waren sich weitgehend einig in ihrer Forderung, Malaysia müsse islamischer werden. Vor allem sollte das islamische Recht, die Sharia, verstärkt Anwendung finden. Uneinigkeit bestand lediglich darin, wie das Ziel einer Islamisierung erreicht werden kann.

Die United Malay National Organisation (UMNO), größte Partei innerhalb des Regierungsbündnisses Barisan Nasional (BN), reformiert ihre innere Struktur. Nach den neuen Regelungen müssen sich alle UMNO-Mitglieder als Wähler eingetragen lassen. Die Partei erhofft sich davon 2,8 Millionen sichere Stimmen bei den nächsten Parlamentswahlen. Desweiteren wurde die Gründung einer eigenen Jugendorganisation für Frauen, Puteri UMNO, beschlossen. Eine weitere Änderung betrifft die Kandidatenaufstellung für

vgl. *Harakah Daily* 17.10.2000

Regierungspartei ist für eine Islamisierung

Während sich einige Teilnehmer dafür aussprachen, die Regierung solle sofort »islamische« Gesetze verabschieden, rieten andere Redner zu einem langsamen Vorgehen. Vize Premier Badawi, der die Abschlussrede hielt, appellierte an die Malaien, nicht zu radikale Forderungen zu stellen und die Gesamtsituation in Malaysia zu berücksichtigen. Redner wie der Mufti von Johor, Datuk Nooh Gadot, lobten die Regierung für ihre Islamisierungsbemühungen. Offenbar versucht die Regierungspartei UMNO durch eine stärkere Betonung ihrer religiösen Positionen verlorene Stimmen unter ihrer Stammwählerschaft, den Malaien, zurück zu gewinnen. Bei den letzten Wahlen konnte die fundamentalistische Parti Islam SeMalaysia (PAS) große Stimmengewinne in dieser Wählerschicht verzeichnen.

Johor UMNO Informationsminister Khalid Noordin betonte, dass es der UMNO Ernst ist mit ihrem Versuch, Islamisches Recht zu implementieren: »Die Botschaft, die wir an alle Malaien vermitteln wollen, ist, dass die Regierungskoalition Barisan Nasional unter der Führung der UMNO islamische Programme und Gesetze umsetzt und durchsetzt, und dass deshalb kein Bedarf an der PAS besteht.« In der Vergangenheit schlug jedoch die Strategie der UMNO sich als besonders islamische Partei zu gebärden fehl. Seit den späten achtziger Jahren setzt die UMNO in den beiden Bundesstaaten Kelantan und Terengganu darauf, eine islamische Politik zu praktizieren. Gewählt wurde jedoch die PAS.

vgl. *Straits Times Interactive* 17.10.2000

UMNO Reform für innere Strukturen

na tionale Wahlen. Bisher durften nur UMNO Mitglieder, die über fünf Jahre der Partei angehören, sich aufstellen lassen.

Nach der neuen Regelung entfällt diese Kriterium. Die UMNO versucht mit den Reformen, auf ihr schlechtes Abschneiden bei den letzten Parlamentswahlen im November 1999 zu reagieren. Die Partei gewann zwar die Wahlen, musste aber schwere Verluste bei ihrer Stammwählerschaft hinnehmen. Die UMNO verstärkte in letzter Zeit ihre Bemühungen vor allem die jun-

gen, noch nicht an eine Partei gebunden, Malaien für sich zu gewinnen. Der Erfolg der UMNO, seit der Unabhängigkeit ist sie Regierungspartei, droht zu einem Problem zu werden, erscheint sie doch zunehmend kontrolliert von einer starren und verkrusteten Oligarchie. Die von der Parteispitze angestoßenen Reformen, waren jedoch bei der Partebasis auf Widerstand gestoßen.

vgl. *Strait Times Interactive* 16.11.2000, 20.11.2000; *Malaysiakini* 16.11.2000

Handgreiflichkeit im Parlament

Zu einer handfesten Auseinandersetzung zwischen zwei Abgeordneten kam es im Parlament des Bundesstaates Selangor am 13. November 2000. Datuk Zakaria Deros, Abgeordneter der regierenden United Malay National Organisation (UMNO) und Teng Chang Khim, Parlamentarier der Democratic Action Party (DAP) ließen während einer Sitzungspause ihre Fäuste sprechen. Dem Kampf

vorausgegangen war ein Wortgefecht zwischen den beiden, wobei Teng als »chinesisches Schwein« bezeichnet worden sein soll. Beide Männer haben es seit dem Vorfall vermieden, Blicke oder Wörter zu tauschen, obwohl sie nur zwei Sitze voneinander ihren Platz haben. Die DAP verlangt nun von Datuk Zakaria eine offizielle Entschuldigung.

vgl. *Strait Times Interactive* 16.10.2000

Korruption

Das Vertrauen in die Unbestechlichkeit malaysischer Politiker und Beamter sinkt. Im neusten Corruptions Perceptions Index (CPI) von Transparency International, einer in Berlin ansässigen Anti-Korruptions-NGO, landet Malaysia auf Platz 36. Der Index basiert auf sechzehn verschiedenen Umfragen, die von acht unabhängigen Instituten durchgeführt werden, und Geschäftsleute, Länderspezialisten und die Öffentlichkeit nach ihrer Einschätzung der Korruption in den jeweiligen Ländern fragen.

Erfasst und eingeschätzt werden 90 Länder weltweit. Im

letzten Bericht belegte Malaysia noch Platz 32. Selbst in Staaten wie Namibia, Botswana und Südafrika wird die Korruption geringer eingeschätzt. Der Vertrauensverlust ist wahrscheinlich eine Reaktion auf die Vorwürfe von Bestechung im Zusammenhang mit der Verurteilung Anwar Ibrahim im letzten Jahr (1999). Tunku Abdul Aziz, der Präsident von Transparency International Malaysia äußerte sich besorgt über die Umfrageergebnisse. Der CPI basiere zwar nur auf Vermutungen, die möglicherweise keine Basis haben, dennoch seien diese Vermutungen wichtig: »Wir mögen

diese Sichtweisen vielleicht nicht, aber sie sind wichtig für unser nationales Prestige, Stolz und ökonomisches Wohlbefinden.« Aziz warnte davor, die internationale Wahrnehmung der Korruption in Malaysia auf die leichte Schulter zu nehmen, denn diese hätte unmittelbare Auswirkungen auf internationale Investmententscheidungen. Transparency Internationale schlug unter anderem vor, die malaysische Anti-Korruptions Agentur in eine unabhängige Kommission umzuwandeln, um so Vertrauen zurückzugewinnen.

vgl. Harakah Daily 14.9.2000

Streit in der Opposition

Im Oppositionsbündnis *Barisan Alternatif* (BA) ist Streit über die Aufstellung eines Kandidaten für eine Nachwahl im Bundesstaat Kedah ausgebrochen. Die Nachwahl für das Bundesparlament war erforderlich geworden, nachdem der Parlamentarier Joe Fernandez von der Regierungskoalition *Barisan Nasional* am 4. November 2000 einem Attentat zum Opfer fiel. Die beiden Oppositionsparteien *Keadilan* und *Democratic Action Party* (DAP) konnten sich zunächst nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen. Schließlich setzte sich der *Keadilan*-Kandidat Saifuddin Nasution Ismail durch.

Die DAP reagierte enttäuscht auf die Entscheidung der anderen *Barisan Alternatif* Parteien, einen *Keadilan* Kandidat ins Rennen zu schicken. Im Wahlbezirk Lunas, der seit Jahren fest in Händen der BN ist, stellen die Malaien 43 Prozent der Wähler. Unklar ist, wie die Aufstellung eines malaischen Oppositionskandidaten von der indischen und chinesischen Gemeinde aufgenommen wird. Die Opposition wird versuchen, die Malaien für sich zu gewinnen, Inder und Chinesen könnten sich dagegen für das Regierungsbündnis *Barisan Nasional* entscheiden.

vgl. *The Strait Times Interactive*
22.11.2000

Berichte über Polizeigewalt

Schwere Vorwürfe erhebt der Mechaniker S. Ganasan gegen die malaysische Polizei. Diese habe ihn mit einer Zange gefoltert, um ihn zu einem Geständnis wegen eines Diebstahls zu zwingen. Nach Angaben des Mechanikers, Vater von drei Kindern, fanden die Folterungen am 1. November in einer Polizeiwache im südlichen Bundesstaat Malacca statt. Die Polizei warf dem Mann vor Werkzeuge von seinem Arbeitgeber gestohlen zu haben. Er bestritt jede Beteiligung an der Tat. Daraufhin musste er sich nackt ausziehen und zwei Polizeibeamte drohten ihm ihn mit einem Hammer und ihren Gürteln zu schlagen. Dann folterten sie ihn mit einer Zange an Hand, Brust und Genitalien. Ganasan legte dennoch kein Geständnis ab und

wurde wenig später entlassen. Dieser Vorfall ist der letzte in einer Reihe ähnlicher Vorkommnisse der letzten Wochen. Im Oktober 2000 verlor ein Mann sein rechtes Augenlicht, nachdem er während eines Polizeiverhörs ins Gesicht geschossen worden war. Der Verdächtige gab an, die Beamten hätten russisches Roulette mit ihm gespielt. Die Polizei bestreitet diesen Vorwurf, es handle sich um einen fahrlässigen Unfall. Der Schuss habe sich gelöst, als ein Beamter seine Waffe einstecken wollte. Die Behörden untersuchen aber den Fall der thailändischen Touristin Asiu Laesoe, die ihrer Aussage zufolge während einer zehntägigen Haft von Polizisten zur Notzucht gezwungen worden war.

vgl. *Harakah Daily* 14.11.2000

Das Redaktionsteam der
südostasien
bietet interessierten
Studentinnen und Studenten
die Möglichkeit, ein Praktikum
in der Redaktion zu machen.

Nähere Informationen: Tel. 0201/83038-18 (Montags bis Mittwochs) oder schickt uns eine Email an soainfo@asienshaus.de.

nachrichten

Breite Front gegen Internal Security Act

Vertreter von 71 Organisationen versuchten am 19. Oktober 2000 dem Parlament in Kuala Lumpur ein Memorandum zu übergeben, dass die Abschaffung des *Internal Security Act* (Gesetz zur Inneren Sicherheit) fordert. Das Gesetz wurde in den fünfziger Jahren von der britischen Kolonialmacht im Kampf gegen kommunistische Guerilla erlassen. Dieses Gesetz ermöglicht es, Verdächtige ohne Gerichtsverhandlung bis zu zwei Jahre zu inhaftieren. Als Grund für die Verhaftung reicht die Überzeugung des Innenministers aus, der Verdächtige gefährde die Sicherheit oder die Wirtschaft Malaysias. Seit 1960, dem Jahr in dem das Gesetz in seiner heutigen Form erlassen wurde, diente das Gesetz zur Inneren Sicherheit immer wieder dazu, politische Dissidenten und Oppositionsführer auszuschalten. Das Memorandum zur Abschaffung des ISA verurteilt das Gesetz als unmoralisch und grausam, es diene der Einschüchterung politischer Gegner. Zu den Organisationen, die das Memorandum unterstützen, gehören Nichtregierungsorganisationen, politische Parteien, Studentenvereinigungen, Gewerkschaften und Verbraucherverbände. Ihren Vertretern gelang es jedoch nicht ins Parlamentsgebäude vorzudringen. Premier Minister Mohamad Mahathir verweigerte die Annahme des Memorandums.

vgl. *Harakah Daily* 19.10.2000